

Konjunktur

Inflation sinkt in Eurozone weiter

LUXEMBURG Die Inflation in den 17 Euroländern sinkt weiter. Im Februar verminderte sich die jährliche Teuerungsrate gegenüber dem Vormonat um 0,2 Punkte auf 1,8 Prozent, wie das europäische Statistikamt Eurostat am Freitag in Luxemburg in einer ersten Schätzung mitteilte. Schon im Januar hatte es einen Rückgang gegeben. Die Preise für Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak stiegen im Februar deutlich weniger als noch im Januar. Nach den Regeln der Europäischen Zentralbank ist Preisstabilität mittelfristig bei Raten von knapp unter 2 Prozent gegeben. (sda)

Schuldenkrise

Sondertilgung von EZB-Notkrediten kommt in Gang

FRANKFURT Die Banken der Eurozone nutzen das Zeitfenster für ein frühes Rückzahlen von Langfrist-Notkrediten der EZB mittlerweile etwas stärker als erwartet. Wie die Europäische Zentralbank (EZB) am Freitag in Frankfurt mitteilte, wollen kommenden Mittwoch 66 Institute rund 12,495 Mrd. Euro aus den um die Jahreswende 2011/12 aufgelegten Kreditlinien zurückzahlen. Ende Februar waren 61,1 Mrd. Euro aus dem zweiten Tender im Rahmen der Sondertilgung an die EZB zurückgeflossen. Den Auftakt hatten Ende Januar fast 280 Geldhäuser gemacht: Sie überwiesen rund 137 Mrd. Euro. Die Zentralbank hatte den Instituten um die Jahreswende 2011/12 in zwei Tranchen insgesamt rund eine Billion Euro für drei Jahre zur Verfügung gestellt. (sda)

Starker Rückgang

Steuern fressen US-Einkommen auf

WASHINGTON Höhere Steuern haben die Einkommen der US-Bürger im Januar so stark gedrückt wie seit zwei Jahrzehnten nicht mehr. Sie fielen um 3,6 Prozent im Vergleich zum Vormonat, teilte das Handelsministerium mit. Im Dezember hatte es noch ein Plus von 2,6 Prozent gegeben, weil viele Unternehmen Dividenden und Boni wegen der Steuererhöhungen vorgezogen hatten. Mit Jahresbeginn fiel eine bis dato geltende Senkung der Einkommenssteuer von zwei Prozent weg. Ausserdem wurden Gutverdiener stärker belastet. (sda)

EU-Kaufflaute

Metro beklagt Gewinneinbruch

DÜSSELDORF Der deutsche Handelsriese Metro hat durch die schwache Kaufkraft in EU-Krisenländern, umfangreiche Preissenkungen und hohe Umbaukosten einen drastischen Gewinneinbruch verzeichnet. Das Konzernergebnis vor Steuern brach 2012 von 1,473 Mrd. auf 810 Mio. Euro ein, teilte Metro am Freitag mit. Das entspricht einem Rückgang um 45 Prozent. Der Düsseldorfer Konzern will deshalb die Dividende an seine Aktionäre kürzen, bei der Stammaktie von 1,35 auf 1,00 Euro je Stück. Trotz umfangreicher Preissenkungen stieg der Konzernumsatz 2012 nur um 1,2 Prozent auf 66,7 Mrd. Euro, wie Metro Mitte Januar bekannt gegeben hatte. (sda)



Carsten-Henning Schlag, Leiter der Konjunkturforschungsstelle, rechnet mit einer soliden Entwicklung der liechtensteinischen Wirtschaft. (Fotos: Michael Zanghellini)

KOFL prognostiziert leichtes Wachstum für Volkswirtschaft

Barometer Die Konjunkturforschungsstelle (KOFL) der Universität präsentierte gestern ihre Prognose für die liechtensteinische Wirtschaft: 2013 sei mit einer leichten Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sowie der Exporte zu rechnen.

VON MARTIN HASLER

KOFL-Leiter Carsten-Henning Schlag entwarf seine Prognose vor dem Hintergrund einer verhaltenen Dynamik im internationalen Umfeld, die sich auf die exportorientierte Volkswirtschaft Liechtensteins niederschlägt. «Beschäftigungsaufbau stützt Wachstum», lautete sein Fazit. Zwar habe sich die Eurokrise im vergangenen Jahr leicht entspannt, was gemäss Schlag vor allem auf das klare Bekenntnis der EZB-Spitze zum Fortbestand des Euro zurückzuführen ist. Dennoch rutschte die Eurozone 2012 in die Rezession, vor allem die Südländer hätten mit hohen Arbeitslosenquoten zu kämpfen. Während in den USA neue Arbeitsplätze geschaffen worden seien, be-

finde sich die Arbeitslosenquote auch dort mit 7,8 Prozent noch auf einem sehr hohen Niveau.

Kein Aufschwung zu erwarten

«Europa kommt nicht aus der Rezession heraus», so die Einschätzung Schlags für 2013: «Die Erholung in den USA verläuft mit verhaltener Dynamik, ein echter Aufschwung ist aber nicht in Sicht.» Etwas positiver präsentiere sich die Lage in den BRICS-Staaten, die mittlerweile 10 Prozent der liechtensteinischen Exporte abnehmen. Stimulierende Effekte erwartet der KOFL-Leiter überdies vom Abwärtsdruck

bei den Rohstoffpreisen sowie dem schwächeren Franken.

Die liechtensteinische Exportwirtschaft trotz dem «unfreundlichen Umfeld» mit einem realen Anstieg um 1,6 Prozent, prognostizierte Schlag. Er rechnet zudem mit einem Anstieg der Beschäftigung in Vollzeitäquivalenten um 0,9 Prozent - trotz einem weiteren Stellenabbau bei den inländischen Finanzdienstleistern. Das liechtensteinische BIP stieg gemäss Schlags Schätzung in den Jahren 2011 und 2012 nominal um 1,6 beziehungsweise 0,6 Prozent, 2013 rechnet er mit einer nominalen Zunahme von 0,7 Pro-

zent. Die jahresdurchschnittliche Teuerung - gemessen am Landesindex der Konsumentenpreise - bezifferte der Konjunktexperte auf minus 0,1 Prozent.

Erhebliche Prognoserisiken

Abschliessend räumte Carsten-Henning Schlag ein, dass seine Prognosen mit erheblichen Risiken behaftet seien: Die Entwicklung der Finanzmärkte sei weiterhin unsicher, die Staatsverschuldung hoch. Auch der Kurs des Schweizer Frankens zum Euro sei schwierig vorherzusehen: «Die SNB-Untergrenze könnte erneut unter Druck geraten.» Umgekehrt ortete Schlag positives Potenzial im Euroraum, was sich wiederum schwächend auf die Frankensstärke auswirken könnte.

«Die liechtensteinischen Exporteure trotzen dem unfreundlichen Umfeld.»

CARSTEN-HENNING SCHLAG
KOFL-LEITER



Christian Keuschnigg zeigte auf, wie die europäische Krise aus seiner Sicht zu lösen wäre.

Keuschnigg: Ganzheitlicher Ansatz gegen europäische Krise notwendig

Wirtschaftspolitik Nationalökonom Christian Keuschnigg plädierte in seinem Beitrag zu den Konjunkturgesprächen gestern für umfassende Reformen zur Überwindung der Eurokrise.

VON MARTIN HASLER

Keuschnigg, Direktor des Instituts für Höhere Studien in Wien sowie Professor an der Universität St. Gallen, referierte auf Einladung der Konjunkturforschungsstelle zum Thema «Welche Finanz- und Wirtschaftspolitik braucht Europa?». Er zeigte auf, dass der Kontinent derzeit vier Krisen zu meistern hat, die zusammenhängen und sich gegenseitig verstärken: Erstens die grossen Unterschiede der Zahlungsbilanzen der einzelnen Länder, zweitens die zu hohen Staatsschulden, drittens die zu niedrig kapitalisierten Banken und viertens die politische Krise innerhalb der EU. «Keine die-

ser Krisen kann isoliert gelöst werden - man muss alle gleichzeitig angehen», so die These des Wirtschaftsprofessors.

Keine Alternative zu Anpassung

Die schlechte Nachricht seiner Ausführungen war, dass es zur «Anpassungsrezession» in Südeuropa derzeit kaum eine Alternative gibt: Da Staaten wie Griechenland ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht über Währungsanpassungen wiederherstellen könnten, müsse ein schmerzhafter Strukturwandel stattfinden. «Die Löhne können erst wieder steigen, wenn auch die Produktivität steigt», erklärte Christian Keuschnigg. Unumgänglich seien überdies ein Abbau von Staatsschulden sowie eine Stabilisierung der Banken. Die notwendigen Anpassungen - Verminderung von Lohnstückkosten sowie des Leistungsbilanzdefizits der Südländer - seien bereits im Gange, führte der Referent aus. Das sei harte Arbeit, die noch nicht abgeschlossen sei: «Es ist noch ein weiter Weg, den die betroffenen

Länder konsequent weitergehen müssen.»

Keuschnigg stellte des Weiteren Ansätze für eine Reform der EU vor, welche die gegenwärtige Krise überwinden und zukünftige Krisen verhindern sollen. Eine davon ist die Konzipierung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) als europäischer Währungsfonds, der Kredite nur gegen Reformen vergibt und stabilisierende Schuldenkäufe nur unter klaren Bedingungen tätigt. Ein neuer Fiskalpakt soll ausserdem die negativen Folgen schlechter Politik in einzelnen Mitgliedsländern auf die gesamte EU vermeiden. Höhere Eigenkapitalquoten und eine Bankenunion mit einheitlicher Überwachung würden ihrerseits zu einem stabileren Finanzsystem beitragen, erklärte Keuschnigg. In der angeregten Diskussion nach seinem Referat verteidigte er den in der EU eingeschlagenen Weg zur Lösung der Staatsschuldenkrise im Vergleich zu Japan und den USA: «Europa geht die Probleme eben an, andere tun das nicht.»